

3.2. Gendersprache:

Artikel auf t-online vom 17.02.2023: Kommentar von Florian Schmidt: Fragen Sie Ihre Ärztin oder Arzt": Langsam ist es nur noch absurd:

„Gesundheitsminister Lauterbach will den Warnhinweis für Medikamente geschlechtergerecht machen. Warum der neue Satz seltsam anmutet.

Wohl kein Satz geht den Deutschen flotter über die Lippen: "Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker" heißt es täglich im Vorspulmodus nach gefühlt Hunderten Reklamespots, die im Fernsehen oder Radio für Arzneien und Nahrungsergänzungsmittel werben.

Bis jetzt. Denn geht es nach Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, endet der Satz künftig so: "... fragen Sie Ihre Ärztin oder Ihren Arzt oder in Ihrer Apotheke."

Bitte was? Sie lesen richtig: Der Hang zum Gendern, der gezielte Umbau der deutschen Sprache im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit, macht jetzt selbst vor jenen Texten nicht Halt, die sowieso kein Mensch liest oder nach jahrelangem Training geflissentlich überhört. Das ist absurd – wenn auch aus anderen Gründen, als die meisten jetzt denken mögen.

Wer nicht gendert, ist kein Sexist

Sicher, es wäre ein Leichtes, jetzt zu poltern: Genderwahn selbst in der Werbung! Haben wir denn keine anderen Probleme? Und überhaupt, was soll der Quatsch – rein sprachlich ist beim Arzt die Ärztin doch längst mitgemeint!

Wer so denkt, trifft gewiss einen richtigen Punkt. Und muss deshalb übrigens noch lange kein übler Sexist sein, ein Frauenhasser, der das weibliche Geschlecht über die Wahl seiner Worte bewusst kleinhalten will.

Fakt ist: Auch viele Frauen wenden sich gegen die Gendersprache, zumal dann, wenn sie mit unaussprechlichen Satzzeichen mitten im Wort um die Ecke kommt ("Pfleger:innen", "Lehrer_innen", "Kellner*innen") oder in Form einer grammatisch falschen Verlaufsform ("Pflegende").

Die Apotheke als Abholstation für Medizin

Doch darum geht es – ein Glück – bei Lauterbachs Vorschlag ja gar nicht, immerhin. Absurd wird der Satz vielmehr durch etwas anderes: Der neuen Sprachregelung zufolge gibt es nämlich künftig zwar neben dem männlichen Arzt auch eine weibliche Ärztin. Dafür aber ist der Apotheker abgeschafft, von den Apothekerinnen, die mit 71 Prozent den größten Anteil an dem Berufsstand haben, hat gar niemand je gesprochen.

Stattdessen sollen wir künftig einfach in die Apotheke hineinlaufen und dort wohl in den leeren Raum rufen: "Ich hätte da eine Frage zur Einnahme von Meditonsin! Jemand da, der sie mir beantworten kann?"

Fies ließe sich unterstellen: Das Gesundheitsministerium entmenscht den Apotheker, degradiert einen ehrenwerten Berufsstand herab zu einer reinen Institution, zu einem Ort, an dem man eben Medikamente bekommt.

Schon realistischer aber dürfte sein, was sich viele Apotheker gerade gegenseitig erzählen. Die Lobby der Ärzte war wohl wieder etwas stärker, rückt sich gekonnt ins Rampenlicht und drängt die übrigen Heilberufe aus dem Bild.

Oder aber, und das ist wohl der wahrscheinlichste Grund für die Entscheidung des Ministeriums: „Apothekerinnen und Apotheker“ war einfach zu lang. Gendern, ja bitte – aber nicht, wenn es mehr als fünf Buchstaben dafür braucht.“

Artikel auf t-online: Tagesanbruch vom 21.02.2023: Meinung von Florian Harms: Die Sprachpolizei schlägt zu:

„Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser, manchmal bekommt man den Eindruck, wir hätten in Europa nicht genug Probleme. Als seien Putins Angriffskrieg, die Inflation, die Energiepreise, die Flüchtlinge, der Klimaschock und das Artensterben noch nicht herausfordernd genug, um sich Tag und Nacht damit zu beschäftigen. Manchmal wirkt es so, als hätten manche Leute diebische Freude daran, auch noch Nebensächlichkeiten zu Großpro-

blemen aufzublasen, um dann groteske Lösungen dafür zu präsentieren.

Das weiteste Feld vermeintlicher Nebensächlichkeiten ist die Sprache. Sie wächst mit unseren Riten und Gepflogenheiten, sie verändert sich über Jahrzehnte und Jahrhunderte. Das ist normal. Unnormal ist allerdings der Eifer selbsternannter Sprachverbesserer. Das sind Leute, die vorzugsweise in Universitäten und Ministerien, in Verlagen, Medien und Kultureinrichtungen arbeiten und es sich auf die Fahne geschrieben haben, die herkömmliche Sprache im Sinne der politischen Korrektheit zurechtzubiegen. Das Gegendere mit Sternchen, Doppelpunkten und anderem Unfug lässt bereits viele Gemüter hochkochen, doch damit geben sich die Missionare nicht zufrieden. Sie wollen mehr. Und sind bereit, ihrem Wahn nicht nur nebensächliche Floskeln, sondern auch Kunstwerke zu opfern. Zwei Beispiele aus den vergangenen Tagen verdeutlichen, wie weit der Irrsinn schon gediehen ist:

Erstens will das Bundesgesundheitsministerium den nach jeder Medikamentenwerbung vorgeschriebenen Satz ändern. Künftig soll er so lauten:

„Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihre Ärztin oder Ihren Arzt oder fragen Sie in Ihrer Apotheke.“

Der bisherige Satz "... und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker" sei "seit Jahren wegen seiner geschlechtsspezifischen Formulierung Gegenstand von Diskussionen", behaupten Karl Lauterbachs Mitarbeiter, die ich korrekterweise vermutlich "Mitarbeiter*:innen" oder so ähnlich nennen müsste. "Durch die Änderung soll nunmehr gleichstellungspolitischen Aspekten Rechnung getragen werden." Auf die Idee, dass der tagtäglich in Funk und Fernsehen runtergeraterte Zungenbrecher durch eine noch kompliziertere Formulierung womöglich endgültig diskreditiert werden könnte, sind die Ministerialen nicht gekommen. Sie tragen den Gender-Gral vor sich her und wollen dafür sogar das Heilmittelwerbe-gesetz ändern. Ordnung muss in Deutschland schließlich sein.

Eine spezielle Vorstellung von Ordnung haben zweitens auch die Leute vom britischen Puffin-Verlag, der zum Bertelsmann-Konzern aus Gütersloh gehört. Dort erscheinen die Werke des erfolgreichsten Kinderbuchautors aller Zeiten: **Roald Dahls** Klassiker

"James und der Riesenpfirsich", "Der fantastische Mr. Fox" und "Charlie und die Schokoladenfabrik" zählen nicht nur für Kinder zum Schönsten, was man (vor)lesen kann.

Wenn man sie denn noch so lesen kann, wie der 1990 gestorbene Dahl sie ersann. Denn auch seine Formulierungen hat sich die Sprachpolizei vorgeknöpft – und das liegt nicht daran, dass vor Jahrzehnten Antisemitismusvorwürfe gegen den Schriftsteller laut wurden. Eher liegt es daran, dass manche Leute meinen, sie könnten dem Rest der Welt den Mund verbieten.

Beseelt von zweifelhaftem Weltverbesserertum haben die Leute von der Bertelsmann-Verlagstochter angekündigt, Roald Dahls Bücher "umzuschreiben". Dafür haben sie eigens "sensible Leser" eingestellt, die die Texte "prüfen" und "modernisieren" sollen, damit diese "auch heute noch von allen geschätzt werden können". Schon Hunderte Änderungen am Originaltext haben sie vorgenommen und neue – nicht von Dahl stammende – Passagen hinzugefügt. So darf der fette Augustus Glupsch in "Charlie und die Schokoladenfabrik" nun nicht mehr "**fett**" sein, sondern muss "**riesig**" genannt werden. Weil beleibte Leser dies sonst als verletzend empfinden könnten. Die "**kleinen Männer**" namens "Oompa Loompa" in der Schokoladenfabrik müssen künftig "**kleine Leute**" sein. Geht schließlich nicht, dass da nur Männer genannt werden, wo die Menschheit doch bekanntermaßen zur Hälfte aus Frauen besteht! Auch das Wort "**weiblich**" wird aus Dahls Werken herausgestrichen. Mittlerweile gibt es angeblich ja schon drei, vier oder sogar noch mehr Geschlechter. Um auch wirklich alle anstößigen Passagen auszuradieren, hat sich der Verlag von einer ominösen "Organisation für Inklusion, Diversität und Barrierefreiheit" beraten lassen.

Nun mag es Leute geben, die im Eifer der Sprachmissionare nur eine zu vernachlässigende Schrulle sehen. Ich sehe darin eine gefährliche Grenzüberschreitung. Wehret den Anfängen, erst recht am heutigen **Tag der Muttersprache!** Sprache ist mehr als nur eine Aneinanderreihung von Buchstabenkombinationen zur Verständigung. Sie ist Kunst, sie ist Genuss, sie ist formvollendete Schönheit. Wer so denkt, erleidet beim Lesen der zensierten Sätze körperliche Schmerzen. So wie der Schriftsteller **Salman Rushdie**, der den Verlagsleuten entgegenschmetterte, sie sollten sich schämen.

Als ich Rushdies Replik gestern las, konnte ich gar nicht so oft nicken, wie ich es gern getan hätte. Die Sprachverhunzung im Namen einer falsch verstandenen Gleichberechtigung ist ein Angriff auf unsere Kultur. Ich mache da nicht mit. Ich wehre mich. Und verfüge hiermit schriftlich und vor großem Publikum: Es ist jedem Verlag und jedem selbsternannten Sprachpolizisten verboten, auch nur ein Wörtchen in meinem Roman und meinem Kinderbuch ohne mein Einverständnis zu verändern. Das gilt für alle Ewigkeiten, und zwar auch für alle fetten Gestalten, die sich in meinen Büchern tummeln. Basta!“

Artikel auf t-online vom 11.02.2023: "Brauner Abschaum": Gender-Spottlied von SPD-Mann löst wilde Debatte aus:

„Im Internet schlagen mal wieder die Wellen hoch. Das Lied "Genderpolizei" von SPD-Stadtrat Roland Hefter sorgt für Euphoriestürme und Kritik gleichermaßen.

Sanfte Gitarrenklänge, fröhliche Singstimme, bissiger Spott: Das neue Lied von Liedermacher und Münchner SPD-Stadtrat Roland Hefter heißt "Genderpolizei". "Ich lauf' auf dem Bürgersteig, und denk mir nix dabei", lauten die ersten Zeilen. "Doch plötzlich kommt – tatütataa – die Genderpolizei. Ich werd' verhaftet wegen grober Sprachfahrlässigkeit – denn es heißt, des woäß doch jeder: Bürger*innensteig!" Veröffentlicht hat Hefter das Stück am Donnerstag. Seither tobt um ihn herum der Sturm. Viele feiern ihn, viele fassen sich an den Kopf. Gerade in der eigenen Fraktion sähen viele diesen Beitrag zur Genderdebatte kritisch, schreibt die "Süddeutsche" – kaum verwunderlich, weil sich SPD und Grüne ja "Geschlechtergerechtigkeit in all ihren Dimensionen" als Ziel in ihren Münchner Koalitionsvertrag geschrieben hatten.

Die Jusos, so berichtet es die "Süddeutsche", sollen intern in einem Brief ihren Unmut über Hefter geäußert haben. SPD-Fraktionsvorsitzende Anne Hübner erklärte knapp: "Roland ist Kabarettist und Künstler. Als solcher ist er frei, zu singen, was er möchte." Zugleich betonte sie: "Als Fraktion gendern wir selbstverständlich seit vielen Jahren und halten das auch für wichtig, da es uns um Gerechtigkeit für alle auch in der Sprache geht."

„Brauner Abschaum“: Münchner Stadtrat in rechte Ecke gestellt
Linken-Fraktionschef Stefan Jagel wurde deutlicher, was er von Hefter hält. Er twitterte, der SPD-Mann fantasiiere eine vermeintliche Genderpolizei nur herbei. Er erwarte eine Distanzierung der SPD-Fraktion. Kern der Kritik: "Ganz schön daneben, als Künstler*in so in den von rechts dominierten Kulturkampf gegen das ach so autoritäre Gendern einzusteigen."

Und hier wird es kompliziert. Denn Zuspruch findet Hefter tatsächlich unter anderem von ganz weit rechts außen. Was wiederum einige aus dem eher linken Lager erzürnt: "Absicht, sich in mitunter braunem Abschaum wohlfühlen?", soll etwa Grünenpolitiker Arne Brach in einer Privatnachricht an Hefter geschrieben haben. Aus dieser Nachricht zitiert die "Bild": "Wegen Likes? Die junge (Nazi) Freiheit liebt Roland schon mal – stolz darauf?"

Hefter: „Die Gefahr von Rechts ist groß und gefährlich“

Auf dieses Argument seiner Kritiker hat Hefter inzwischen reagiert: "Manche scheinen echt zu glauben, alle Menschen, die ein Problem mit dem Gendern haben, sind Rechtsaußen", schrieb er bei Facebook. Doch so werde es nichts mit dem Kampf gegen völkisches Gedankengut.

"Die Gefahr von Rechts ist groß und gefährlich", hält er fest. Gerade deshalb gelte es zu bedenken: "Wer Menschen, bei denen das Binnen-I oder der Genderstern für die Gleichstellung keine Rolle spielt, unüberlegt und pauschal in die rechte Ecke schiebt, der spielt der AfD in die Karten."

**Artikel auf t-online vom 15.02.2023: Kritik an Gendersong:
"Lasst euch nicht von einer Minderheit drangsaliieren":**

SPD-Politiker Roland Hefter erfährt nach seinem Song "Genderpolizei" Gegenwind. Dafür gibt es von prominenter Seite Unterstützung – mit spitzer Zunge.

Roland Hefter ist Liedermacher und Politiker. Seit 2020 sitzt er für die SPD im Stadtrat, doch nicht nur dort ist er bekannt dafür, dass er offene Worte nicht scheut. Jüngst hat Hefter mit seinem Song "Genderpolizei" für Missstimmung unter den linken politischen

Lagern gesorgt. Und Beifall von konservativer Seite erhalten. Auch aus der eigenen Partei gab es bislang keine öffentliche Rücken-
deckung für den SPD-Politiker. Aus den Reihen des Koalitionspart-
ners der Grünen wurde Hefter bereits angegangen.

In seinem Song nimmt der Musiker die Gendersprache und die Gen-
dersternchen auf die Schippe und erklärt, diese Art zu sprechen höre
sich so "beschissen" an. Rückendeckung erhält Hefter für seinen Song
nun von prominenter Stelle: Die Kabarettistin Monika Gruber nimmt
Hefter in einem Videostatement auf der Social-Media-Plattform
Instagram in Schutz. "Die Moralapostel echauffieren sich gerade über
meinen Freund und Kollegen Roland Hefter, weil er sich erlaubt hat,
etwas zu kritisieren, was der Großteil der, sagen wir mal, Qualitätsme-
dien, in diesem Land immer als alternativlos darstellt: die heilige
Gender-Kuh", leitet die Gruber ihr Video ein.

Mit spitzer Zunge schildert die erfolgreiche Kabarettistin, sie kenne
keine Frau im Bekanntenkreis, die etwas vom gendern halte und dass
man "unsere schöne deutsche Sprache" nicht durch ein "Kopperl" oder
mit einem "Rülpser" verhunze. Wichtiger sei es doch, dass Frauen und
Männer das gleiche Gehalt erhielten. Gruber erklärt, die Gesellschaft
werde immer intoleranter und vor allem humorloser: "Also bitte, lasst
euch nicht von einer geifernden Minderheit drangsaliieren!"

Bis Dienstagnachmittag hatte Grubers Statement knapp 48.000 Likes
und mehr als 2600 Kommentare – nicht alle davon positiv. Aber
Gegenwind hat bislang weder die Gruber noch den Hefter besonders
interessiert.“

Artikel auf t-online vom 08.01. 2023 von dpa: Kretschmann kritisiert Gendern: "Sprache kann man nicht politisch befehlen":

**„Mahnende Worte von Winfried Kretschmann: Das Gendern ist
dem Ministerpräsidenten ein Dorn im Auge und die Sprache sei
nicht mehr kreativ, findet der Grüne.**

Winfried Kretschmann hält nichts vom Gendern im Klassenzimmer:
"Die Schulen müssen sich an das halten, was der Rat für deutsche
Rechtschreibung vorgibt. Sonst haben wir am Ende keine einheitliche

Rechtschreibung mehr", sagte der Ministerpräsident von Baden-Württemberg der dpa in Stuttgart.

"Es ist schon schlimm genug, dass so viele unserer Grundschüler nicht lesen können. Man muss es denen nicht noch erschweren, indem man in der Schule Dinge schreibt, die man gar nicht spricht", so der Grünen-Politiker weiter. Kretschmann selbst ist verbeamteter Gymnasiallehrer für Biologie, Chemie und Ethik.

Ministerpräsident sorgt sich um Sprache

Winfried Kretschmann sorgt sich auch vom Gendern abgesehen ganz allgemein um die Entwicklung der Sprache – die Genderdebatte allerdings steht für ihn nicht im Zentrum, sondern lenke eher ab: "Ich finde bedauerlich, dass wir die Fragen der Sprache oft auf das Gendern verkürzen", sagt er.

"Unsere Sprache ist nicht mehr kreativ. Wir überfrachten nur alles mit merkwürdigen Anglizismen", kritisierte er. "Es wäre gut, wenn wir insgesamt wieder kreativer mit unserer eigenen Sprache umgehen würden statt mit Doppelpunkt und Unterstrich nicht sprechbare Dinge zu schreiben."

Politiker Meister der Plastikwörter

Kretschmann kritisierte im Sprachgebrauch auch die eigene Zunft, die wieder so reden müsse, dass die Menschen es auch verstehen. "Wir Politiker sind Meister darin, Plastikwörter zu generieren."

Das Sprachgendern sei zwar nicht rückgängig zu machen: „Aber man sollte es wenigsten nicht übertreiben. „Kretschmann ist überzeugt: „Sprache kann man nicht politisch befehlen.“

Artikel auf t-online vom 06.07.2022 von Marc von Lüpke: **Wissenschaftsfeindlichkeit an Humboldt-Uni Berlin:**

„Abgesagter Vortrag über Geschlecht und Gender: „Die Eiferer erreichen, was sie sich vorgenommen haben“

Über "Geschlecht" sollte an der Berliner Humboldt-Uni gesprochen werden, das erregte heftigen Unmut. Der Historiker Jörg Baberowski erklärt, was wirklich hinter dem Protest steckt. "Geschlecht ist nicht gleich (Ge)schlecht", so lautete der Titel des Vortrags, den die Biologin Marie-Luise Vollbrecht am vergangenen

Sonntag an der Humboldt-Universität zu Berlin halten wollte. Genauer gesagt sollte es um "Sex, Gender und warum es in der Biologie nur zwei Geschlechter gibt" gehen. Die Veranstaltung im Rahmen der "Langen Nacht der Wissenschaft" fand allerdings nicht statt – weil der "Arbeitskreis kritischer Jurist*innen" Protest wegen "Queerfeindlichkeit" erhob.

Jörg Baberowski, Jahrgang 1961, lehrt Osteuropäische Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsfelder sind unter anderem der Stalinismus und die Geschichte der Gewalt. 2012 erhielt Baberowski den Preis der Leipziger Buchmesse für sein Standardwerk **"Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt"**. 2021 erschien sein Buch **"Der bedrohte Leviathan. Staat und Revolution in Russland"**.

Die Universität sagte die Veranstaltung mit dem Verweis auf Sicherheitsbedenken ab. Mittlerweile kündigte die Humboldt-Universität an, den entfallenen Vortrag am 14. Juli in Form einer Podiumsdiskussion über das binäre Geschlechtskonzept in der Biologie aus verschiedenen Perspektiven nachzuholen. Der Protest gegen die Naturwissenschaftlerin Vollbrecht ist aber nicht der erste Vorfall dieser Art. Der Historiker **Jörg Baberowski** wird von Linksextremisten diffamiert. Im Gespräch mit t-online erklärt der Forscher, wie die Situation an der Humboldt-Universität so eskalieren konnte.

t-online: Professor Baberowski, wie ist es möglich, dass an der Humboldt-Universität kein Vortrag mehr über biologische Geschlechter gehalten werden kann? Die im Grundgesetz verbürgte Freiheit von Forschung und Lehre müsste doch auch dort Geltung haben.

Jörg Baberowski: Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut. In der Wissenschaft geht es um den Austausch und die Plausibilisierung von Argumenten. Erst an einer Gegenposition kann die eigene Sicht auf einen Gegenstand geschärft werden. Manche aber sind offenbar überzeugt, dass Wissenschaft Meinung und Glaube sei und sich deshalb außerwissenschaftlichen Erwägungen beugen müsse. Solche Überzeugungsgemeinschaften lassen nur gelten, was sich in ihr Weltbild einfügen lässt.

Auch Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger kritisiert die Absage des Vortrags der Doktorandin Marie-Luise

Vollbrecht. Wie kann wieder eine freie Diskussion über wissenschaftliche Themen gewährleistet werden?

Diese Erweckungsbewegungen bekommen zu viel Aufmerksamkeit. Es wäre klüger, wenn die Medien derartige Aktionen einfach ignorieren würden, denn es kommt diesen Aktivisten nicht darauf an, das Gespräch zu suchen, sondern im Gespräch zu sein. Stets bekommen sie die Aufmerksamkeit, die sie brauchen, um einen Macht- und Anerkennungsgewinn zu erzielen. Diesen Gefallen sollte man ihnen nicht erweisen.

Wer sind diese Aktivisten denn eigentlich?

Es sind eigentlich immer die gleichen sechs, sieben Personen, die diese völlig sinnlosen Debatten inszenieren, weil die Suche nach Aufmerksamkeit ihr einziger Lebensinhalt ist, die in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken versuchen, Repräsentanten einer mächtigen Bewegung zu sein. In Wahrheit sind sie völlig unbedeutend.

Warum haben sie dann solchen Einfluss?

Realitätsverlust in Gruppen, so hat der Soziologe Heinrich Popitz dieses Phänomen genannt. Weltanschaulich geschlossene Gruppen gewinnen ihre Kohäsion durch Realitätsverweigerung, durch die Unterscheidung von Freund und Feind. Wer nicht mehr korrigierbar ist, mag verblendet sein, gewinnt aber an Kraft gegenüber den vielen Menschen, die nicht organisiert sind. Und weil solche Aktionen, wenigstens in Berlin, auf geringen Widerstand stoßen, glauben die Eiferer, es sei nicht nur erlaubt, sondern auch geboten, was sie tun.

Sitzen sie nicht auch in einigen Gremien?

In manchen Gremien der Humboldt-Universität haben diese Gruppen Sitz und Stimme, die sie nutzen, um sich überall Gehör zu verschaffen. Im vergangenen Jahr beteiligten sich 1,23 Prozent der Studenten an den Wahlen zum Akademischen Senat. Kaum mehr waren es, die sich für die Wahlen zum Studentenparlament interessierten. Wähler und Gewählte sind faktisch dieselben Personen. Es ist das Dilemma, in dem sich jede Hochschulleitung befindet, dass sie mit dieser Wirklichkeit zurechtkommen muss.

Warum sorgt das Präsidium der Humboldt-Universität nicht dafür, dass von Teilen der Studierendenschaft kritisch gesehene Themen öffentlich debattiert werden können?

Das Präsidium der Humboldt-Universität ist in einer schwierigen Situation, die ich gut verstehen kann. Es geht ihm natürlich darum,

Wissenschaftler vor Übergriffen zu schützen. Aber in diesem Fall wäre es vielleicht besser gewesen, den Vortrag nicht abzusagen. Was hätte schon geschehen können? Es läuft immer nach dem gleichen Muster ab, und jedes Mal erreichen die Eiferer, was sie sich vorgenommen haben. Vorträge werden abgesagt, Wissenschaftler diffamiert, und am Ende hängt man ihnen noch ein Etikett an, mit dem sie dann in der Öffentlichkeit herumgereicht werden.“

Wie kann eine vernünftige Debattenkultur wiederhergestellt werden?

Wir dürfen nicht zulassen, dass sich solche Muster der Konfliktinszenierung und Konfliktbewältigung durchsetzen. Das ist auch im Interesse all der jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die noch am Anfang ihrer Karriere stehen. Die Universität muss ein Ort des freien Austauschs von Argumenten und Hypothesen sein. Und sie sollte auch ein Ort sein, an dem jede Fachkultur sein darf, was sie ist. Biologen sehen mit anderen Augen auf die Welt als Historiker oder Kulturwissenschaftler.

Das ist kein Mangel, dem abgeholfen werden müsste, sondern ein Gewinn, der unser Leben bereichert. Ein Gespräch ist nur dann fruchtbar, wenn es sich von dem Gedanken leiten lässt, dass der andere auch recht haben könnte. Wenn sich dieser hermeneutische Grundsatz an den Universitäten wieder bemerkbar machen würde, wäre schon fast alles gewonnen.

Artikel auf t-online vom 18.10.2019 von Tim Kummert: **Ideologische Kämpfe an deutschen Universitäten: Zwischen** **Rückschritt und Revolte:**

„Linke Studenten planen von den Universitäten aus eine Revolution: Sie kämpfen für genderneutrale Sprache und gegen Militarisierung. Konservative Gruppen fürchten eine Meinungs-diktatur in Deutschland. Jetzt wollen die Grünen und die AfD von dem Streit profitieren.

Wenn Kenja Felger erklärt, wie sie die Landesregierung Nordrhein-Westfalens sabotieren will, bekommt ihre Stimme einen entschlossenen Unterton: "Im realitätsfernen Landtag können sie sich viel aus-

denken. Gegen dieses Gesetz gehen wir jetzt auf die Barrikaden." Die 26-jährige Studentin schimpft über eine umstrittene Rechtsreform der schwarz-gelben Landesregierung, die sogenannte "Zivilklausel" wurde abgeschafft: An den Universitäten darf ab jetzt auch für militärische Zwecke geforscht werden. Für Felger ist das Gesetz ein wahr gewordener Albtraum.

Die Politikwissenschaftsstudentin fürchtet, dass "die Ergebnisse von Biologen, die die Landemechanismen der Heuschrecken beschreiben, später auch mal für Drohneneinsätze benutzt werden könnten. In Amerika ist das längst Realität!" Damit sei das neue Gesetz der erste Schritt, dass "neue Kriege entstehen könnten."

Um das zu verhindern, sitzt Felger an einem Samstag im September mit 19 Mitstreitern von der Hochschulgruppe "Sozialistisch Demokratischer Studierendenverband" in einem Begegnungszentrum in Wuppertal, die Studenten trinken viel Kaffee und essen Rohkost. Schnell sind sie sich einig: Mit Demonstrationen wollen sie die Universitäten so stark unter Druck setzen, dass diese nur Forschung betreiben, die keinesfalls militärisch genutzt werden könnte.

Sie kämpfen dafür, Deutschland grundlegend zu verändern

Kurz sprechen sie über die Gefahr, wegen ihres Protests exmatrikuliert zu werden. Aber Felger wischt die Frage weg wie eine lästige Fliege. Selbst wenn das geschehe, "wir lassen uns von unserem Widerstand nicht abbringen".

Szenen wie das Studententreffen in Wuppertal sind gerade an etlichen Universitäten Deutschlands zu beobachten. Zum Start des beginnenden Wintersemesters bieten viele linke Gruppen zudem alternative Einführungswochen für die neuen Studenten an. Die Veranstaltungen tragen Titel wie "Aufstand oder Aussterben". Sie kämpfen dafür, Deutschland grundlegend zu verändern und wollen einen Umbruch der Gesellschaft: Die in ihren Augen wachsende Militarisierung und der Kapitalismus sollen verbannt werden, stattdessen soll die Sprache im Bezug auf Geschlechter neutral sein, und ein neues Wirtschaftssystem entstehen.

Zunehmend sorgen sie auch für den Ausfall von Veranstaltungen, in Frankfurt kam es zu einem Shitstorm in den sozialen Medien, als bei einer Konferenz über Kopftücher für Frauen debattiert wurde. Die Veranstaltung musste unter Polizeischutz stattfinden. Als der AfD-Gründer Bernd Lucke diese Woche eine Vorlesung an der Universität

Hamburg halten wollte, buhten ihn linke Studenten aus – Lucke musste die Veranstaltung abbrechen.

Symbol einer Gesellschaft, in der die Pole den Takt vorgeben

Konservative Gruppen sehen durch den Aktionismus der Linken die Meinungsfreiheit in Deutschland bedroht und wehren sich ihrerseits mit Demonstrationen und Protesten. Dabei verhärten sich die Fronten, ein neuer Kulturkampf ist ausgebrochen. Man kann das belächeln, Splittergruppen links und rechts gab es in der universitären Geschichte immer schon, doch der Streit spiegelt einen Trend wieder: Schon länger ist zu beobachten, welche Emotionalität entsteht, wenn Sprache zum Politikum wird, wenn Geschlechterverhältnisse verändert oder Grenzen und Freiheit von Forschung debattiert werden.

Das steigende Fieber an den Hochschulen, der Kampf für und gegen die sogenannte politische Korrektheit, ist das Symbol einer Gesellschaft, in der die Pole den Takt vorgeben. Die Volksparteien verhalten sich zurückhaltend in der Debatte, sie fürchten, in den Gefühlswallungen nur verlieren zu können. Einzig die Grünen und die AfD versuchen, sich in den Kulturkampf an den Universitäten einzumischen – und das aufgeheizte Klima für sich zu nutzen.

Die linken Gruppen wollen besonders stark Druck machen. Aus ihrer Sicht ist in Deutschland momentan alles zu rechts, zu traditionell, zu langsam. Wer erfahren will, wie dieses Lager tickt, muss Beccs Runge besuchen. Runge ist Referentin für Gleichstellung an der Universität Leipzig, und sieht sich weder als Mann noch als Frau, möchte mit dem Pronomen "Es" bezeichnet werden. Den Umbruch in der Sprache an den Universitäten will Runge fördern, sagt "StudentInnen" und macht dabei eine kleine Pause vor dem "I".

Meinungsfreiheit ende dort, wo Diskriminierung anfange

Dabei lehnen 67 Prozent der Deutschen eine genderneutrale Sprache ab, wie eine repräsentative Umfrage von t-online.de im Januar 2019 ergab. Beccs Runge sind solche Umfragen egal, in ihrer Idealvorstellung Deutschlands sind alle Menschen gleich. Als Basis dafür taugt aus ihrer Sicht der Kapitalismus nicht, Runge fordert eine "völlige Abkehr" davon. Runges Vorbild ist der Sozialismus, auch wenn das von ihr nicht direkt ausgesprochen wird – sie weiß, wie viele Vorbehalte Menschen bei dem Begriff haben.

Wenn es nach Runge und ihren Mitstreitern geht, soll sich nicht nur die Sprache verändern. Die linken Gruppen setzen sich dafür ein, dass künftig noch bestimmte Meinungen an den Universitäten, aber auch in Fernsehfilmen und Reden auf den Marktplätzen, vertreten werden. Und was ist mit der im deutschen Grundgesetz festgelegten Meinungsfreiheit? "Die endet da, wo Diskriminierung anfängt – beispielsweise, wenn jemand menschenfeindliche Positionen vertritt", sagt Runge. Was menschenfeindlich ist, das definiert sie selbst. Runge will jetzt ihren Wirkungsradius erweitern, bis tief in die Gesellschaft hinein: "Gerade wir linken Studierenden vernetzen uns immer stärker. Wir wollen eine grundlegende Veränderung in diesem Land!" Wenn man Runge zuhört, muss man an Rudi Dutschke denken, der die Studentenrevolution der 68er-Bewegung mit seinen Reden prägte.

"Wo das Geschlecht jeden Tag wechselt, beginnt der Wahnsinn"

430 Kilometer südlich vom Büro der Aktivistin Beccs Runge sitzt Felix Brandstätter mitten in München und trinkt erst einmal einen großen Schluck Weißbier. "Das ist alles unglaublich", sagt er und lehnt sich zurück. "Wir können natürlich über die Toilette fürs dritte bis vierte Geschlecht debattieren. Oder wir sprechen darüber, dass wir in vielen Unis Löcher im Dach haben und es an der grundlegenden Ausstattung von Lehrmaterialien fehlt." Der 26-jährige Brandstätter trifft sich an diesem Abend in einer Bar vor der Staatsbibliothek der Universität mit Lena van Bracht und Anna-Maria Auerhahn.

Die drei Studenten sind im Führungszirkel des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) aktiv, einer konservativen Studentengruppe, die der CDU und der CSU nahesteht und: Sie sind wütend. "Wo das Geschlecht jeden Tag wechselt, beginnt der Wahnsinn. Und diesen Wahnsinn dürfen wir nicht in die Universität tragen", sagt van Bracht. Die 23-jährige Jurastudentin ist für die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins verantwortlich. Van Bracht erzählt, wie konservativ sie aufgewachsen sei, wenn es nach ihr ginge, sollte die CSU die absolute Mehrheit stellen – nicht nur in Bayern, sondern auch im Bundestag.

Etwa 8.000 Mitglieder hat der RCDS deutschlandweit, sie sind neben den liberalen Hochschulgruppen die prominentesten Gegner der linken Gruppen. Beim RCDS halten sie sich für das letzte Bollwerk der Konservativen in der Gesellschaft. Brandstätter, van Bracht und

Auerhahn finden, dass die gesamte Debattenkultur in Deutschland ins Rutschen gerät – sie sehen die Meinungsfreiheit in Gefahr.

Dem RCDS sprang kürzlich der Deutsche Hochschulverband bei. In einer veröffentlichten Erklärung "gegen Denk- und Sprechverbote an Universitäten" des Vorsitzenden Bernhard Kempen heißt es: "Die Universität muss Teil und Forum der gesellschaftlichen Debatte sein. Ein Rückzug in den 'Elfenbeinturm' schadet ihr selbst", er stellt sich in dem Schreiben gegen überzogene "Political Correctness". Das Schreiben war eine Reaktion auf die zunehmenden Demonstrationen an den Universitäten.

In München geht der Abend zu Ende. Felix Brandstätter will einen Punkt noch loswerden: "Das Problem mit dem Wort 'Studierenden', was in linken Kreisen neuerdings gern benutzt wird, ist: Es ist ein sogenanntes substantiviertes Partizip. Das bin ich nur in dem Moment, in dem ich es tue – das mag nach Haarspalterei klingen, doch die Wirklichkeit wird verbogen: Wenn ich gerade mal nicht in der Vorlesung sitze, sondern einen Kaffee trinke, bin ich kein "Studierender" mehr. Noch irrer ist nur die Bezeichnung 'studierende Person'." Seine Verbündete Lena van Bracht schaut auf das mittlerweile leere Glas vor sich, wirft einen Blick in die Runde und grinst: "Bestellen wir doch noch einen Wein. Bei der ..." – sie macht eine Kunstpause – "... bedienenden Person." Großes Gelächter am Kneipentisch, hier in München halten sie linke Studenten wie Kenja Felger oder Beccs Runge für weltfremde Spinner.

Drastischer Kulturwandel an den Universitäten

Vieles, was an den Universitäten geschieht, gelangt kaum in den Fokus der Öffentlichkeit. In Siegen wurden einem Professor die finanziellen Mittel gekürzt, weil der eine Veranstaltung mit Thilo Sarrazin und einem AfD-Politiker ausgerichtet hatte. An vielen Universitäten ist intern von einem "drastischen Kulturwandel" die Rede.

Die Soziologin Susanne Strauß sieht das ähnlich, eine echte Revolution erwartet sie trotzdem nicht. "Im Umgang mit umstrittenen Themen muss man trotzdem abwägen. Die genderneutrale Sprache zum Beispiel, die schadet ja niemandem. Bei der Umsetzung muss man eben behutsam vorgehen." Sie plädiert dafür, die Debatte zu versachlichen.

Geringe Wahlbeteiligungen bei Studentenparlamenten

Derweil geraten Politiker zunehmend unter Druck. Sigmar Gabriel wurde im Rheinland als "Iransiggi" verspottet, weil der ehemalige Außenminister im Nahen Osten den Regierungsvertretern Irans die Hand geschüttelt hatte. Auch dort kam es zu massiven Protesten. Bei einer Veranstaltung mit FDP-Chef Christian Lindner stürmten Studenten die Bühne. Die einzelnen Beobachtungen häufen sich, sie sind Symptome der wachsenden Polarisierung.

Im Meinungskampf sind die linken Gruppen oft deshalb wirkungsstark, weil sie gut mobilisieren können: Bei einer Wahlbeteiligung von oft unter zehn Prozent bei der Wahl der Studentenparlamente an den Unis triumphieren die Linken oft, weil kaum konservative Studenten zur Wahl gehen. Die demokratische Legitimation ist oft gering, der Einfluss dafür groß: Denn es geht in den Gremien um die Investition von hohen Geldbeträgen und damit um Macht.

Die Räte der Universitäten sind ein Teil der Selbstverwaltung, sie entscheiden über hohe Budgets und die Förderung von bestimmten Projekten. Und etliche Studentengruppen profitieren vom Zeitgeist: Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2017 zeigt, dass über 50 Prozent der Menschen unter 30 Jahren sich politisch links verorten.

Politiker von SPD und CDU wollen nicht klar Position beziehen

Doch die Volksparteien wollen sich in der Debatte kaum klar positionieren. Die hochschulpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen von SPD und CDU betonen auf Anfrage nur, dass Bildung eben Ländersache sei. Ruprecht Polenz wundert das nicht. Der ehemalige CDU-Generalsekretär sitzt heute im Hochschulrat der Fachhochschule Münster und sagt: "Die Politiker von SPD und CDU können bei dem Kampf um politische Korrektheit nur verlieren – egal auf wessen Seite sie sich schlagen, sie werden stets Wähler vergraulen."

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek von der CDU sagt zwar zu [t-online.de](https://www.t-online.de): "Gerade Hochschulen müssen Orte des freien Denkens und der freien Debatten sein. Versuche, Debatten von vornherein zu unterdrücken, widersprechen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Das hat nichts damit zu tun, etwa populistische Thesen einfach hinzunehmen. Aber unter Demokraten sollte niemand so überheblich sein, Diskurse zu verhindern." Präziser will sie sich nicht festlegen.

Es wirkt, als drückten sich etliche Politiker vor der Debatte. Die mangelnde Positionierung könnte ein Symptom dafür sein, dass die Parteien sich oft nicht mehr trauen, in unangenehmen Debatten Position zu beziehen, dass sie verlernt haben, auch die Gefühlsebene in ihrer Politik zu berücksichtigen. Die Verbindung zu den Nervenenden des Volkes scheint gekappt zu sein, damit steht das Schweigen für die Entkopplung der Volksparteien von großen Teilen der Wählerschaft.

Grüne und AfD versuchen, von der Debatte zu profitieren

Weil SPD und CDU sich nicht klar positionieren wollen, haben andere das Thema für sich entdeckt. Einer von ihnen ist Lasse Petersdotter von den Grünen, ihm gehen die Aktivitäten der linken Gruppen noch lange nicht weit genug. Petersdotter ist Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein. Der 29-Jährige war selbst im Studentenparlament der Uni Kiel und von 2013 bis 2014 dessen Vorsitzender. Doch an den Universitäten dauert es trotz des Kampfes der Befürworter, bis sich wirklich etwas verändert.

Petersdotter hat schon eine Idee, wie er das beschleunigen will: "Wenn an den Hochschulen nichts geschieht, ist es auch Aufgabe der Politik, einzugreifen und sich für Gleichstellung einzusetzen." Er will durch neue Gesetze Druck ausüben. Bei den Grünen ist seit 2015 der Genderstern bei der Formulierung von Anträgen Pflicht: "Politiker*innen", schreiben sie dort.

Die Grünen-Bundestagsfraktion reicht oft Anträge zu dem Thema bei der Bundesregierung ein, um sich so auch öffentlichkeitswirksam an die Spitze der linken Bewegung zu stellen: Sie plädieren für mehr Genderforschung und gendergerechte Sprache, regelmäßig werden Forderungen der Partei öffentlich, dass den Genderlehrstühlen an den Universitäten mehr Geld zugewiesen werden soll. Die "Linke" unterstützt die Grünen mit Aktionsplänen für "strategische Queer-politik", die Partei fordert ebenfalls mehr Geld für Gender-Studiengänge.

Auch die AfD will das Thema ausschachten – aber mit einem dramatisch anderen Ziel, die Partei bedient die politische Gegenseite. Die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel warnt neuerdings vor der "Vergewaltigung" der Sprache, sie hat das Potenzial der Erregung erkannt.

Kubicki warnt vor Spaltung der Gesellschaft

Die Partei lehnt jegliche Förderung von Genderforschung ab, jeder Euro, der für Gleichberechtigung ausgegeben werde, sei zu viel. Die AfD bringt sich als diametraler Gegenpol in Stellung, sie inszenieren sich als die Kämpfer gegen den vermeintlichen "Genderwahnsinn". Für den stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Wolfgang Kubicki ist vor allem die Unnachgiebigkeit einzelner Gruppen in der Debatte um gendergerechte Sprache eine gefährliche Entwicklung. "Grundsätzlich erleben wir heute, dass politische Forderungen immer unnachgiebiger formuliert werden", sagt er. "Wenn jedoch die Beteiligten nicht mehr bereit sind, vorurteilsfrei die Argumente der anderen Seite anzuhören, bekommen wir ein Problem, das am Ende in eine Spaltung der Gesellschaft münden kann."

Von ausgleichenden Ansichten hält Bengt Rüstemeier nichts. Der junge Mann studiert Jura an der Humboldt-Universität in Berlin, ist Mitglied der Jugendorganisation der SPD und erzählt in einem Zimmer des Studentenrats von einem seiner Erfolge: Nun dürfen männliche Studenten gar nicht mehr reden, wenn sie nicht mindestens eine Frau auf der Rednerliste im Studentenparlament haben.

"Wenn sich keine Frau meldet, darf niemand mehr reden, auch kein Mann", Rüstemeier lächelt zufrieden. Und sein Ziel bleibt der große Umbruch: "Was wir an den Unis erreichen, kommt bald in der Gesellschaft an. Wir müssen nur konsequent weitermachen."

Artikel auf t-online vom 23.05.2021 von AFP: Deutliche Umfrage: Zwei Drittel der Deutschen lehnt Gendersprache ab 23.05.2021:

„Wer beide Geschlechter in Wort und Schrift bedenken will, muss sich besonderer Sprachkonstruktionen bedienen. Ein großer Teil der Deutschen will das nicht. Und die Ablehnung wächst.

Fast zwei Drittel der Deutschen lehnen einer Umfrage zufolge eine gendergerechte Sprache ab. 65 Prozent der Bevölkerung halten nichts von einer stärkeren Berücksichtigung unterschiedlicher Geschlechter, wie eine Befragung von Infratest Dimap für die "Welt am Sonntag" ergab. Im vergangenen Jahr lag die Ablehnung noch bei 56 Prozent.

Die Mehrheit der Deutschen lehnt damit Formulierungen wie "Zuhörende" statt "Zuhörer" und die Nutzung des großen Binnen-I ("WählerInnen") in der Schriftsprache ebenso ab wie eine Pause vor der zweiten Worthälfte ("Pendler_innen") in der gesprochenen Sprache. Frauen bewerten die gendergerechte Sprache insgesamt positiver als Männer, dennoch stieg bei ihnen die Ablehnung von 52 auf 59 Prozent.

Selbst bei den Anhängern der Grünen stellt sich demnach eine knappe Mehrheit (48 Prozent) gegen die Gendersprache; 47 Prozent sind dafür. Bei den Anhängern aller anderen Parteien überwiegt der Umfrage zufolge die Kritik: SPD-Anhänger sind zu 57 Prozent dagegen, die Anhänger der Union zu 68 Prozent; danach folgen die Linken mit 72 Prozent, die FDP mit 77 und die AfD mit 83 Prozent Ablehnung.

Ein Verbot der gendergerechten Sprache in öffentlichen Einrichtungen, so wie es die französische Regierung kürzlich als Gesetzentwurf in die Nationalversammlung eingebracht hat, lehnen jedoch 51 Prozent der Deutschen "eher ab", 36 Prozent würden es "eher begrüßen".

Artikel auf t-online vom 03.04.2023: Streit um Formulierung eskaliert: "Gequirelte Scheiße!!!" Schauspieler wütet gegen "Tagesschau":

„Ein Bericht der "Tagesschau" über Sonderurlaub nach der Entbindung sorgte nicht nur in der Politik für Aufruhr. TV-Star Fulton-Smith ärgerte sich aber nicht nur darüber.

Francis Fulton-Smith ist als Schauspieler nicht unbedingt ein Mann der lauten Töne. Dem deutschen Publikum ist er vor allem als Arzt in der Serie "Familie Dr. Kleist" bekannt. Und im vergangenen Jahr veröffentlichte er ein sehr persönliches Buch, in dem er sich mit seinen Lebenskrisen auseinandersetzte. Dass er auch krawallig kann, hat Smith nun aber auf der Social-Media-Plattform Instagram gezeigt. Dort kommentierte er am Sonntag eine Berichterstattung der "Tagesschau".

Mit den Worten "Wann wird diese gequirelte Scheiße endlich beendet!!!!", machte der Schauspieler in einer Instagram-Story seinem

Ärger Luft. Hintergrund ist, dass die "Tagesschau" am Samstag über einen Gesetzesentwurf des Bundesfamilienministeriums berichtete, wonach nach der Geburt eines Kindes nicht nur die Mutter, sondern auch der zweite Elternteil einen Sonderurlaub in Anspruch nehmen können soll. Zunächst hieß es in dem Bericht: "Der Partner oder die Partnerin der entbindenden Person soll künftig zwei Wochen nach der Geburt freigestellt werden." Die ARD verwendete genderneutrale Sprache und vermied das Wort "Mutter".

Die von der "Tagesschau" verwendete Formulierung rief massiven Protest nicht nur bei Fulton-Smith hervor. Das Echo in Politik und Medien war groß – und größtenteils kritisch. Schließlich wurden die Formulierungen im Beitrag geändert. Jetzt heißt es: "Zehn Arbeitstage sollen angestellte Partnerinnen oder Partner der Mutter künftig nach der Geburt freigestellt werden." Am Ende des Textes verweist eine Anmerkung auf die ursprüngliche Formulierung.

Schauspieler Smith schimpfte auf Instagram am Sonntag dennoch weiter: "Ich bin stolz auf meine Mutter und ich bin stolz auf mein Vaterland, aber ich schäme mich für den 'Affenfelsen', zu dem sich Deutschland entwickelt ...".

Der Münchner Schauspieler scheint allerdings nicht nur ein Problem mit gewissen Formulierungen zu haben. Der aktuellste Post seiner Instagram-Story zeigt ein Plakat mit einem derben Spruch gegen die Grünen: "Unser Hof hat Napoleon, Hitler, Stalin und Co. überlebt. Unser Hof überlebt auch die Grünen!", heißt es dort.

Wie solche Statements bei seinen Fans ankommen, lässt sich bei Instagram-Stories allerdings nicht erkennen.“